

Zitate von Präses Schneider im Überblick

Freiheit zur Religion, Ökumene, Inklusion und Flüchtlingseleid

Präses Dr. h.c. Nikolaus Schneider hat am Vormittag vor der Landessynode, dem obersten Leitungsgremium der Evangelischen Kirche im Rheinland, in Bad Neuenahr seinen alljährlichen „Bericht über die für die Kirche bedeutsamen Ereignisse“ erstattet (vgl. *Pressemitteilung Nr. 8/2013 von heute*). Dies ist der letzte Synodalbericht von Präses Schneider, der am 3. März in den Ruhestand tritt. Seine Nachfolgerin oder sein Nachfolger im Präsesamt der rheinischen Kirche wird am Donnerstag gewählt.

Der Bericht orientiert sich an der Jahreslosung für das Jahr 2013 aus dem Hebräerbrief des Apostels Paulus: *„Wir haben hier keine bleibende Stadt, sondern die zukünftige suchen wir.“* (Hebräer 13,14). Das biblische Motiv der zukünftigen Stadt Gottes zieht sich durch den gesamten Präsesbericht. Nachfolgend eine Übersicht über wesentliche Zitate und Themen aus dem Bericht mit den Seitenzahlangaben zur besseren Orientierung:

Die Jahreslosung aus dem Hebräerbrief (Seite 4)

Hier auf dieser Erde haben Menschen keine bleibende Stadt. Nichts von dem, was wir Menschen hier auf der Erde gestalten und bauen, erstreiten, erkämpfen und vertreten, wird ewigen Bestand haben. In dem Verlangen nach etwas, das bleibt, müssen Menschen sich auf die Suche nach Gott und nach seiner ewigen Stadt machen. Nur dann werden sie sich mit ihren Bemühungen um Sicherung und Bewahrung ihres Lebens nicht selbst zu Narren machen.

Im Blick auf Christus wird uns die Suche nach Gott und nach der zukünftigen Stadt Gottes nicht zur Weltflucht. Und sie wird uns nicht in ein illusionäres Wolkenkuckucksheim führen. Sie führt uns vielmehr zu unseren leidenden Mitmenschen und mitten hinein in die Krisen unserer Welt.

Orte des Mit-Leidens und der Barmherzigkeit (Seite 5)

Der Weg zu unserer himmlischen Heimat führt zwangsläufig zu den irdischen Orten, an denen unser Mit-Leiden, unsere Barmherzigkeit und unser Tun des Gerechten gefragt sind. Die Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes verdichtet sich zu einer tätigen Sehnsucht nach Frieden, Gerechtigkeit und nach Fülle des Lebens für alle Menschen an allen irdischen Orten. Christen und Christinnen trägt die Verheißung, dass bei Gott und durch Gott anderes und Besseres möglich ist als Schuldenkrisen und Fremdenhass, als Armut, Ausbeutung und

**Landessynode der
Evangelischen Kirche im Rheinland
Präsidialkanzlei
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**

c/o Dorint-Hotel,
Am Dahliengarten 1,

53474 Bad Neuenahr
Telefon (02641) 895-601 oder -602
Telefax (02641) 895-513
Internet www.ekir.de/presse
E-Mail pressestelle@ekir.de

Seite 2

Gewalt, als Kinderfeindlichkeit und Treulosigkeit. Deshalb suchen wir im Licht der zukünftigen Stadt Gottes unserer Städte Bestes schon hier auf der Erde!

Fan der rheinischen Kirchenordnung (Seiten 6-8)

Auch für das Ordnungsgefüge unserer Evangelischen Kirche im Rheinland gilt: Kein Gesetz, keine Verordnung, keine Regelung ist unveränderbar. (...) Eine Besonderheit unserer rheinischen Kirchenordnung ist, dass sie eine Gewaltenteilung nicht kennt. Damit ist sie im politischen Sinn nicht demokratisch. Auch die notwendigen Instrumente demokratisch-politischen Lebens wie zum Beispiel das Gegenüber von Regierung und Parlament oder die Willensbildung mit Hilfe von Parteien gehören nicht zur Ausgestaltung unseres Leitungsgefüges. Die Kirchenordnung will vielmehr jeder Parteibildung wehren. Auch Gruppen zur Organisation der Meinungsbildung oder der Vorbereitungen von Wahlen sind – anders als in anderen Landeskirchen und bei der Synode der EKD – nicht vorgesehen.

Die Mütter und Väter unserer Kirchenordnung wollten mit dieser Form der Ordnung im Sinne der Barmer Theologischen Erklärung ein Bekenntnis dazu ablegen, dass Christus das eine und einzige Haupt der Kirche ist. (...)

Diese umfassende Leitungsfunktion der Synode kann meiner Ansicht nach nur gelingen, wenn bestehende Verfahrensregeln strikt eingehalten und auch tradierte „ungeschriebene Regeln“ beachtet werden. (...)

Ich werbe an dieser Stelle dafür, unsere Kirchenordnung nicht allein unter pragmatischen Gesichtspunkten zu diskutieren. Und ich „oute“ mich zugleich als ein theologischer „Fan“ – aber nicht als ein „Ultra“! – der rheinischen Ordnung. Ich habe in meiner pfarramtlichen Tätigkeit auf allen Ebenen unserer Kirche ihre Besonderheiten schätzen gelernt. Und diese Wertschätzung hat sich noch verstärkt, seit ich durch mein Amt als Ratsvorsitzender der EKD die Vor- und Nachteile anderer landeskirchlicher Ordnungen intensiver kennenlerne. (...)

Nicht zuletzt angesichts der „bbz-Krise“ gebe ich zu bedenken:

- Keine Ordnung kann unsere Kirche davor schützen, dass Kirche leitende Menschen Fehler machen, Pflichten versäumen, Vertrauen enttäuschen.
- Aber die Organisation unserer Kirche muss auf allen Ebenen sicherstellen, dass bestehende Berichtspflichten eingehalten werden und die Umsetzung von Beschlüssen überwacht wird.
- Wir alle – in Gemeinden, Kirchenkreisen und auf landeskirchlicher Ebene – müssen dort, wo Fehler geschehen, kollegial dafür sorgen, die dadurch verursachten Schäden zu begrenzen.

Dritter Weg (Seite 9)

Ich bin froh, dass der „Dritte Weg“ durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichtes grundsätzlich bestätigt wurde. Konkret in Frage gestellt wird dieser Weg allerdings – und hier schließe ich mich der Einschätzung des Gerichts an –, wenn Arbeitsverhältnisse bei der Kirche vor allem aber bei der Diakonie den Erfordernissen der Dienstgemeinschaft nicht entsprechen. Wir haben also Hausaufgaben zu machen, und die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di bleibt eingeladen, sich an der Arbeit in unserer Arbeitsrechtlichen Kommission zu beteiligen.

Seite 3

Jahr der Kirchenmusik 2012 (Seite 11)

Kirchenmusik zeigte sich als ein Weg, auch im 21. Jahrhundert „missionarisch Volkskirche zu sein“. Wir erleben vielerorts, dass Menschen über die Kirchenmusik Kontakt zu ihrer Gemeinde halten oder wieder Anknüpfungspunkte an unsere Kirche und das Gemeindeleben finden. Denn sie machen die Erfahrung: In und mit Musik wird die frohe Botschaft verkündigt und Stärkung im Glauben und tragende Gemeinschaft erfahren.

Heilig-Rock-Wallfahrt/Ökumene (Seiten 13/14)

Viele Menschen aus unseren rheinischen Gemeinden haben die Wallfahrt nach Trier genutzt, die ökumenischen Bande zu vertiefen. Auf meinem Weg durch die Innenstadt von Trier am „Tag der Ökumene“ habe ich vertraute Gesichter gesehen. Ihre Anwesenheit in Trier war Ausdruck lebendiger Ökumene vor Ort, denn Gruppen aus unseren Gemeinden haben sich gemeinsam mit römisch-katholischen Geschwistern aus deren Gemeinden auf den Weg nach Trier gemacht. (...)

Es verbindet alle christlichen Kirchen, dass sie Jesus Christus als das Haupt der Kirche bekennen. Und der ökumenische Dialog macht uns deutlich, dass alle christlichen Kirchen danach streben, auch durch ihre Ordnungen und Strukturen ein Zeugnis zu geben von ihrer Suche nach der zukünftigen Stadt Gottes. Die verschiedenen Kirchen orientieren sich dabei allerdings an unterschiedlichen Textstellen der Bibel und kommen bei vielen Textstellen zu unterschiedlichen Deutungen. Deshalb müssen wir – auch selbstkritisch – einräumen: Eine sichtbare strukturelle Gestalt für die geglaubte geistliche Einheit der christlichen Kirchen wird in absehbarer Zeit nicht herstellbar sein. Weil wir aber gewiss sind, dass in Jesus Christus die Einheit der einen, heiligen, allgemeinen und apostolischen Kirche immer schon gegeben ist, können wir gelassen und geschwisterlich mit der Vielfalt kirchlicher Strukturen und Gestalten umgehen. Wir dürfen aber unsere je eigenen Gotteserkenntnisse nicht verabsolutieren und uns nicht gegen einander profilieren. Wir können auch in je eigener Gestalt miteinander eine Ökumene der Gaben auf Augenhöhe leben.

Interreligiöser Dialog (Seite 16)

Die Einsicht, dass uns Menschen hier auf der Erde keine absolute und vollständige Gotteserkenntnis zuteil wird, fordern die christlichen Kirchen nicht nur von sich selbst, sondern sie erwarten sie auch von anderen Religionen. Sie erheben deshalb immer wieder neu ihre Stimme gegen eine Verabsolutierung von religiösen Überzeugungen, die sich selbst zu Gewalt und Terror gegenüber Andersgläubigen und zur Diskriminierung und Verfolgung ermächtigen. Sie setzen sich dafür ein – nicht zuletzt auch wegen der Geschichte ihrer eigenen Absolutheitsansprüche –, dass alle Religionen und Staaten freie Religionsausübung ermöglichen. Dazu muss auch das Recht eines jeden Menschen gehören, seine Religion zu wechseln. Und dazu gehört auch die Freiheit, von den je eigenen Hoffnungen und Gottesvorstellungen ein öffentliches Zeugnis zu geben.

Beschneidungsdebatte (Seite 18)

Es ist gut, dass der Gesetzgeber so zügig reagiert und nach dem Urteil des Kölner Landgerichts über die jüdische und muslimische Beschneidung von Jungen wieder Rechtssicherheit hergestellt hat. Erschreckt hat mich allerdings, welchen Anfeindungen sich

Seite 4

jüdische und muslimische Gemeinden nach dem Kölner Urteil ausgesetzt sehen mussten. Die Möglichkeit jüdischen und muslimischen Lebens in unserer Gesellschaft wurde ganz offen in Frage gestellt. In dieser Diskussion sind auch wir als Kirche gefordert. Es ist unsere Aufgabe, für Religionsfreiheit einzutreten und mit dafür Sorge zu tragen, dass jüdisches und muslimisches Leben in Deutschland willkommen ist und bleibt.

Religionsfreiheit (Seiten 19/20)

Der zunehmende Anspruch säkularer Gruppen, die Grundlagen unseres Zusammenlebens bestimmen zu wollen, zeigt sich auch in den Debatten um religiöse Selbstbestimmung. Auch das hat die Diskussion um die Beschneidung von Jungen offenbart. Es muss neu darum gerungen werden, dass religiöse Erziehung zu den Grundrechten eines Menschen gehört und dass sie seinem Wohl dient. Wir dürfen es nicht hinnehmen, dass in falsch verstandener abstrakter Humanität alle religiöse Einflussnahme von Eltern auf ihre Kinder mit dem Verdacht einer inhumanen Bevormundung belegt wird. Unsere Verfassung garantiert Religionsfreiheit, das meint sowohl Freiheit *von* Religion als auch Freiheit *zur* Religion.

Extremismus (Seite 20)

Ich sehe mit Sorge, dass viele Menschen in unserem Land sich erneut für Botschaften öffnen, die schlichte Antworten auf die komplizierten Fragen unserer Gegenwart geben. Aber so schlicht sind die Probleme nicht zu lösen, wie es etwa die rechten Bauernfänger suggerieren. Diese Ideologien erreichen vor allem jene Menschen, die sich als von der gesellschaftlichen Entwicklung abgekoppelt erleben. Damit ist diese Entwicklung auch eine soziale Herausforderung: Wir müssen darauf achten, möglichst allen – vor allem jungen Menschen – eine lebenswerte Perspektive in unserer Gesellschaft zu eröffnen. In diesem Zusammenhang finde ich den Vorschlag aus der EU-Kommission höchst bedenkenswert, allen Jugendlichen Ausbildung und Arbeit zu garantieren.

Bluttest auf Trisomie 21 (Seite 22)

Für schwangere Frauen wurden neue Bluttests entwickelt, die mit einer relativ hohen Genauigkeit Trisomie 21 beim Fötus nachweisen können. Dankenswerterweise hat die Vizepräsidentin auf eine damit verbundene Gefahr hingewiesen. Der unkomplizierte Bluttest könnte sich zu einem flächendeckenden Screening entwickeln mit der Folge: Die Mütter von Kindern mit Trisomie 21 werden sich rechtfertigen müssen, warum sie nicht einen Schwangerschaftsabbruch durchgeführt haben. Um dem zu wehren, halte ich es für wichtig, dass Christinnen und Christen sich und anderen deutlich machen: Jeder Mensch ist unabhängig von seinen körperlichen und geistigen Fähigkeiten Geschöpf und Ebenbild Gottes. Hier zeigt sich, wie wichtig der Themenschwerpunkt „Inklusion“ der rheinischen Synode in diesem Jahr ist!

Wirtschaftsethik (Seite 24)

Das Streben nach grenzenlosem Wachstum ist mit Gottes Auftrag, seine Schöpfung zu bewahren, nicht vereinbar. Christinnen und Christen setzen sich daher für ein neues Wohlstands- und Wachstumsdenken ein. Sie werben um die Akzeptanz einer „Ethik des Genug“ und einer „Ökonomie des Genug“. Sie streben nach einer Lebensqualität, die sich von Verschwendung und rein materieller Orientierung zu befreien sucht. Die „Ethik des

Seite 5

Genug“ hat alle im Blick. Es geht auch um ein Genug für das menschenwürdige Leben der Armen – über die Grenzen unseres Landes und Europas hinaus.

Flüchtlingsehend an den EU-Außengrenzen (Seiten 26/27)

Auf schreiendes Unrecht und massive Menschenrechtsverletzungen in einem Staat an den EU-Außengrenzen will ich exemplarisch aufmerksam machen. Wir kennen sie Dank des Engagements und der Zusammenarbeit rheinischer Kirchenkreise mit der „Eglise Evangélique au Maroc“.

Flüchtlinge aus anderen Staaten Afrikas werden in Marokko aufgegriffen, in die Wüste gebracht, geschlagen und verletzt, in Käfige gesteckt und zum Sterben ausgesetzt. Mitglieder der marokkanischen evangelischen Kirche, die sich seit Jahren um Flüchtlinge kümmern, werden daran gehindert, Hilfe zu leisten. Ich appelliere an die Bundesregierung, durch die EU auf Marokko einzuwirken, damit die Menschenrechte im Rahmen der Kooperation zwischen diesem Land und der EU garantiert werden.

Israel/Palästina (Seiten 27/28)

Mit großer Sorge erfüllt viele Menschen die bis an die Grenze der Hoffnungslosigkeit zugespitzte Lage zwischen Palästina und Israel. Dabei müssen wir aber bereit sein, die Komplexität dieses Konflikts auszuhalten: Hisbollah, Hamas und nicht zuletzt der Iran mit ihren unverhohlenen Vernichtungsdrohungen gegenüber Israel versperren den Weg zu Verhandlungen. Dazu gehören auch arabische Staaten, die palästinensische Flüchtlinge zur Durchsetzung eigener Interessen instrumentalisieren.

Ebenso ist die andauernde Besatzung und die Siedlungspolitik der derzeitigen Regierung Israels ein Sperrwall auf dem Weg zu Friedensverhandlungen. Diese Politik ist Unrecht und durch nichts gerechtfertigt. Auch innerhalb Israels mehren sich die Stimmen, die hierin letztlich eine Gefahr für den Staat selber sehen.

Trotz der berechtigten Kritik an dieser Politik der gegenwärtigen Regierung Israels halte ich hier nichts von einseitigen Schuldzuweisungen. Boykott-Aufrufe, wie sie im vergangenen Jahr beispielsweise Pax Christi formuliert hat und wie sie auch von der Solidarischen Kirche im Rheinland aufgegriffen wurden, sind meines Erachtens nicht hilfreich. Zu schnell führen solche Forderungen an die Seite derer, die die Existenzberechtigung des Staates Israel und nicht nur einen konkreten Aspekt seiner derzeitigen Politik in Frage stellen.

Armutsbericht (Seite 29)

Das Diakonische Werk der EKD kritisierte einen „grundlegenden sozialpolitischen Perspektivwechsel“ der Regierung. Ihr „Armutsbericht“ stelle Armutsprobleme in unserem Land nicht angemessen dar. „Statt aktiv zu handeln, Regelsätze zu erhöhen, Mindestlöhne einzuführen, Kinderarmut zu beseitigen, streicht man einfach Sätze im Armutsbericht“, rügte die Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe. Um in Zukunft realitätsnähere Aussagen zu formulieren, schlug das Diakonische Werk vor, die Armutsberichte künftig von einem unabhängigen Sachverständigenrat erstellen zu lassen, dem Wissenschaftler, Sozialverbände und die Deutsche Armutskonferenz angehören sollten. Dem schließe ich mich gerne an!

Seite 6

Inklusion (Seiten 30/31)

Aktiv hat sich die Evangelische Kirche im Rheinland in einem besonderen Aufgabenfeld in Hinblick auf soziale Gerechtigkeit engagiert: Inklusion ist Querschnittsaufgabe unserer Gesellschaft. Mit Inklusion sind zentrale kirchliche Anliegen angesprochen. Es geht um die Wertschätzung von Vielfalt. Es geht um die Normalität eines begrenzten und verletzbaren Lebens. Es geht darum, die Würde des Menschen als eine unverfügbare und unverlierbare Gabe Gottes, nicht abhängig von Eigenschaften oder Lebensbedingungen, zu verstehen. Vielfalt und Gemeinschaft sind die beiden grundlegenden Aspekte des Inklusionsgedankens, der sich nicht nur auf Menschen mit Behinderungen bezieht. Auch die Genderfragen, das Verhältnis der Generationen zu einander, die Debatte um Armut und Reichtum in unserer Gesellschaft können von dieser Diskussion um Inklusion profitieren. Bei Inklusion geht es um Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, auch um Teilhabe am Leben unserer Kirchengemeinden. Zu dieser Teilhabe gehört auch die Frage, wie wir Bildung und Lernen in allen Bildungsbereichen inklusiv denken und ermöglichen können.

ooooOoooo